

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Gerd Walter MdEP zum Um-  
gang mit den Obstüberschüs-  
sen: Verteilen statt vernich-  
ten!

Seite 1

Horst Seefeld MdEP zieht  
eine Bilanz des europäischen  
Jahres der Straßenverkehrs-  
sicherheit: Der gewünschte  
Erfolg blieb aus.

Seite 3

41. Jahrgang / 246

29. Dezember 1986

Obstüberschüsse verteilen statt vernichten!

Die EG erlaubt die kostenlose Abgabe an soziale Einrichtungen.

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Die europäische Agrarpolitik ist ein Skandal, der den Steuerzahler Jahr für Jahr rund 50 Milliarden Mark kostet. Die Kühl- und Lagerhäuser quellen über, die Überschußberge erreichen immer neue Rekordhöhen. Europa erstickt unter der Last seines Nahrungsmittelreichtums.

Ein Skandal besonderer Art ist die EG-Marktordnung für Obst und Gemüse. „Auf die Müllkippe subventioniert“ und ähnliche Schlagzeilen führen den Bürgern eindringlich vor Augen, daß Europa weit mehr produziert als verzehrt werden kann. Schlimmer noch: mit Steuergeldern aufgekaufte Obst- und Gemüseüberschüsse sind nicht wie Butterberge, Rindfleisch-, Getreide- oder Milchpulverberge für längere Zeit haltbar. Sie werden statt dessen ans Vieh verfüttert, zu Industrialkohol verarbeitet oder im schlimmsten Fall auf den Müll gekippt. Teuer bezahlte Lebensmittel, die eigentlich auch gegessen werden könnten. Auch in Norddeutschland: In diesem Winter platzen die Apfelläger im Alten Land aus den Nähten.

Wichtig ist dabei: Die EG erlaubt auch die kostenlose Verteilung an soziale Einrichtungen, Heime, Schulen, Justizvollzugsanstalten oder auch an bedürftige Einzelpersonen wie zum Beispiel Sozialhilfeempfänger.

Nur: Die kostenlose Verteilung findet nicht statt oder ist schlecht organisiert. Im Rekorderntejahr 1982/83 wurden von mehr als einer Million Tonnen überschüssiger Äpfel in der EG ganze vier Prozent verteilt. Der Rest wurde zweckentfremdet oder vernichtet. Nicht anders bei Pfirsichen, Birnen, Orangen, Mandarinen, Zitronen oder Tomaten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Die Überschüsse sind zum Dauerproblem geworden. Die EG-Interventionsregelung, die mit Überschufaufkäufen aus Steuermitteln bei Ernteschwankungen die Märkte stabil und die Preise hoch halten soll, nimmt inzwischen Jahr für Jahr erhebliche Mengen aus dem Markt. Die Preisgarantien haben die Überschufproduktion noch angeheizt. Leidtragende sind Steuerzahler und Verbraucher.

Jetzt sind die Landwirtschaftsminister gefordert: Wenn Überschüsse schon einmal da sind, müssen sie auch gegessen werden können. In Norddeutschland muß jetzt die kostenlose Verteilung der Apfelüberschüsse aus dem Alten Land wirksam organisiert werden. Auch in Schleswig-Holstein gibt es viele Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände, die helfen wollen, die Zweckentfremdung oder Vernichtung von Lebensmitteln zu verhindern. Und das ist gut so. Spontan und improvisiert haben sie in den letzten Tagen bereits die kostenlose Verteilung von 25 Tonnen Äpfeln bewerkstelligt.

Dennoch tut schnelle Hilfe not: Transport und Verteilung wollen vernünftig organisiert sein; die Einrichtungen vor Ort und auch die Erzeugerorganisationen sind da schnell überfordert. Eine lohnende Aufgabe für die Landwirtschaftsminister, die so einen wichtigen Beitrag leisten können, die Glaubwürdigkeit der Agrarpolitik in Europa wiederherzustellen.

In Niedersachsen gibt es dafür bereits ein Beispiel: Seit Jahresbeginn hat die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege aufgrund einer Vereinbarung mit dem Landwirtschaftsministerium in Hannover die Aufgabe einer zentralen Anlauf- und Verteilungsstelle übernommen. Eine vergleichbare Lösung auch für Schleswig-Holstein könnte der gemeinsamen norddeutschen Verantwortung für eine vernünftige Verwendung entstandener Obstüberschüsse gerecht werden. Dies um so mehr, als zumal der südliche Landesteil weit näher an den Anbaugeländen liegt als beispielsweise Osnabrück oder Göttingen.

Unverändert aber gilt: Auch bei Obst und Gemüse muß die Überschufproduktion gestoppt werden. Dem Steuerzahler und dem Verbraucher zuliebe.

(-/29.12.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Europäisches Jahr der Straßenverkehrssicherheit

Die Verantwortlichen waren unfähig, die erforderlichen Entscheidungen herbeizuführen

Von Horst Seefeld MdEP  
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Wenn ich kurz vor Jahresende eine Zwischenbilanz zum „Jahr der Straßenverkehrssicherheit in Europa“ ziehe, dann muß diese noch unvollkommen sein. Die Verkehrsminister der zwölf EG-Mitgliedsstaaten habe ich gebeten, mir nicht nur ihre Einschätzung dazu zur Kenntnis zu bringen, sondern auch über Aktivitäten und Aktionen in ihren Ländern zu berichten. Das, was mir bislang bekannt ist, läßt die Feststellung zu: Es ist relativ wenig geschehen. Gewisse Ansätze waren zweifellos da und ich gebe zu, daß von verschiedenen Seiten vernünftige Initiativen ergriffen wurden. Bei Pressekonferenzen am Jahresanfang wurde unter anderem nachhaltig erklärt, dieses Jahr müsse ein Erfolg werden. Es wurden Aufkleber verteilt, Broschüren gedruckt und auch die eine und die andere Veranstaltung mit einem gewissen Aufmerksamkeitswert durchgeführt. Wer aber heute die Bürger fragt, was sie über das Jahr der Straßenverkehrssicherheit wissen, würde mit großer Sicherheit die Antwort bekommen, die mich nicht überrascht: Ich weiß von nichts.

Die Aktionen sind an den Bürgern vorbeigegangen. Ich habe mich sowieso gefragt, wie man mit geringen Mitteln eine große Kampagne führen will. Politprofis wissen, was alleine ein Wahlkampf kostet, den eine einzelne Partei in unseren Ländern führt. Ich glaube, man darf und kann nicht unterstellen, daß Verkehrssicherheit-Verantwortliche nicht guten Willens sind. Man muß sich aber über die laienhafte Form wundern, mit der manche geglaubt haben, man könne die Bevölkerung „sensibilisieren“, wie das schöne Wort heißt. Diese Sensibilisierung ist nicht erfolgt und das wundert mich nicht.

Doch zur Sache selbst: Es ist für mich bedrückend, daß im Jahr der Straßenverkehrssicherheit in verschiedenen Ländern leider die Zahl der Verkehrsunfälle zugenommen hat. Das Jahr der Straßenverkehrssicherheit hat offensichtlich nicht viel genützt! In den letzten Jahren gab es erfreulicherweise Rückgänge der Unfallzahlen. Aber ausgerechnet im Jahr der Straßenverkehrssicherheit nahmen die Verkehrsunfälle zu und zwar besonders die mit tödlichem Ausgang. Ich habe dieser Tage in einer Statistik gesehen, daß in besonderer Weise die Zahl der Unfälle zugenommen hat, an denen Kinder beteiligt sind. Auch das ist schmerzlich im Jahr der Straßenverkehrssicherheit. Blamabel ist es auch, daß in diesem besonderen Jahr zum Beispiel das Europäische Parlament nicht in der

Lage war, einen Bericht zu der für die Straßenverkehrssicherheit so zentralen Frage der Geschwindigkeitsbeschränkungen zu verabschieden. Ich bringe meine Kritik deshalb nicht nur bei der Kommission oder den Regierungen und den vielen Organisationen an, ich beziehe die Volksvertreter mit ein. Auch das EP hat sich als unfähig erwiesen, notwendige Entscheidungen herbeizuführen.

Die klägliche Rolle der Bundesregierung wird später noch eingehend zu schildern sein. Aber es ist für einen europäischen Verkehrspolitiker aus der Bundesrepublik mehr als schmerzhaft, die Haltung ihres deutschen Verkehrsministers angekreidet zu bekommen. Jüngstes Beispiel: Die Kommission unterbreitet ihren Vorschlag für ein EG-weites Tempolimit; für Autobahnen soll die Grenze bei 120 km/h liegen. Und was hört man aus Bonn: Wieder das tumbe Nein. Wie sehen es die EG-Partner? „Verstand wird durch stramme Haltung ersetzt. Koste es, was es wolle.“ Die Rechnung wird kommen.

Im Europäischen Parlament wollen wir jetzt eine Bilanz des Jahres der Straßenverkehrssicherheit erstellen. Dabei werden wir auflisten, was wir seit Jahren gefordert haben, was geschehen ist, was nicht erreicht wurde und wir werden abfragen, warum was nicht geschehen ist. Das alles soll in den nächsten Wochen geschehen. Heute habe ich die Befürchtung, daß wir am 31. Dezember 1986 feststellen werden, das Jahr der Europäischen Straßenverkehrssicherheit geht zu Ende und ihm wird das gleiche Schicksal zuteil geworden sein wie dem Jahr der Musik, das wir 1986 hatten: Auch damals wußte niemand, daß es überhaupt stattgefunden hatte.

Unser Parlament wird keine Abrechnung und keine Verurteilung vornehmen. Dies wäre zu einfach! Wichtiger ist, nach vorn zu schauen. Wir wollen Erfolge. Deshalb werden wir uns auf folgendes konzentrieren: Das Jahr der Straßenverkehrssicherheit hat zwar nicht den gewünschten Erfolg gebracht, aber wir werden im Europäischen Parlament daraus Konsequenzen ziehen. Wir werden besonders die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und den Ministerrat - also unsere nationalen Regierungen - nicht aus der Pflicht und der Verantwortung lassen und wir werden selber alles tun, um mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu erreichen. Wir wollen Menschenleben erhalten und weniger Verletzte zu beklagen haben. Dies ist unser Anliegen und dafür treten wir ein.

(-/29.12.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

